

**„Mut statt Angst“** – unter diesem Thema hatte am Sonntag, dem 21. Januar 2024 ein breites Bündnis von Kirchen und Religionsgemeinschaften, Parteien und Gewerkschaften zu einer Kundgebung auf der Fieser-Brücke in Baden-Baden aufgerufen. Vor dem Hintergrund der Veröffentlichung über ein rechtsextremes Treffen in Potsdam und den menschenverachtenden Verlautbarungen ging es darum ein deutliches Zeichen zu setzen, dass für Extremismus kein Platz in Baden-Baden und in unserer Gesellschaft ist. Dieses Zeichen konnte deutlich gesetzt werden, denn gut 2000 Menschen sind dieser Einladung gefolgt.

Neben Vertreter\*innen der demokratischen Parteien, der Jüdischen Gemeinde, der Deutsch-Israelischen Gesellschaft, dem Verein „Die Brücke-Rastatt“ sprachen für das Katholische Dekanat, den Evangelischen Kirchenbezirk Baden-Baden/Rastatt und die Arbeitsgemeinschaft der christlichen Kirchen Pfarrerin Mirjam Keim und Friedensbeauftragte Jacqueline Olesen, beide aus der Evangelischen Friedensgemeinde in Baden-Baden.

Am Anfang stand die gemeinsame Erklärung der Evangelischen Landesbischöfin Heike Springhart und dem Erzbischof Stephan Burger. Diese betonen, dass Evangelische und katholische Christ\*innen gemeinsam eintreten für eine Gesellschaft in der Demokratie und Menschenrechte geschützt und bewahrt werden. Weiter wird betont, dass mit rechtsradikalen, extremen und populistischen Gruppen mit demokratieverachtenden und menschenfeindlichen Programmen keine Zusammenarbeit möglich sei.

Im weiteren betonten die beiden Rednerinnen, dass unsere Gesellschaft vom „WIR“ getragen werde und dass dieses „WIR“ das Fundament des Zusammenlebens in Freiheit sei. Bei allen Schwierigkeiten, die ein Leben in Vielfalt mit sich bringe, überwiegen und die Chancen und Stärken.

Unsere freie Rede müsse verteidigt werden. Dazu sei es notwendig, dass wir gemeinsam für unsere Freiheit aufstehen und unsere Demokratie und Vielfalt verteidigen.

Gerade die Kirchen haben die Aufgabe an der Gestaltung einer lebendigen Demokratie mitzuwirken. Die Verheißung von Gerechtigkeit und Versöhnung sei mit einer Ideologie der Ungleichwertigkeit nicht vereinbar. Das Gebot der Nächstenliebe verlange tatkräftigen Widerstand. Von daher dürfen Kirchen nicht wieder schweigen, sondern sie müssen sich klar, laut und deutlich für die einsetzen, die von Rassismus und Extremismus bedroht werden. Zivilcourage sei christliches Zeugnis und Handeln.

Das so viele Menschen am Sonntagnachmittag der Einladung gefolgt waren, war ein überwältigendes Zeichen.

Deutlich wurde aber auch, dass es nicht beim Demonstrieren und Reden bleiben darf, sondern auch in den Gemeinden und gesellschaftlichen Gruppen beherztes Handeln notwendig ist.

Es gibt also viel zu tun.

(Die Rede kann auf der Homepage der Evangelischen Friedensgemeinde unter dem Button „Friedenarbeit“ nachgelesen werden)